



Newsletter der Rechtsanwaltskammer München

Ausgabe Nr. 1/2006, Januar 2006

Inhaltsverzeichnis

- [Abschaffung der Zeugnisverweigerungsrechte für Verlobte](#)
 - [Elektronisches Unternehmensregister](#)
 - [EU-Haftbefehl](#)
 - [GmbH-Recht Reform](#)
 - [Elektronische Steuererklärung](#)
 - [DAI](#)
 - [Jour Fixe](#)
 - ["Kammer-Löwe"](#)
 - [Umfrage zum Projekt: Flexible Kinderbetreuung](#)
 - [Verbot der Sternsozietät derzeit nicht verfassungswidrig](#)
 - [Die Anwaltschaft – nicht für alle jungen Rechtsanwälte der Traumberuf](#)
-

Abschaffung der Zeugnisverweigerungsrechte für Verlobte

Der Bundesrat hat in seiner 818. Sitzung am 21.12.2005 beschlossen ([BR-Drs. 867/05 \(Beschluss\) v. 21.12.2005](#)), den Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Zeugnisverweigerungsrechte für Verlobte und weiterer Privilegien von Verlobten im Strafrecht in der vom Bundesrat im April 2005 beschlossenen Fassung ([BR-Drs. 203/05 \(Beschluss\) v. 29.04.2005](#)) erneut in den Bundestag einzubringen, nachdem der Gesetzentwurf der Diskontinuität anheim gefallen war.



[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Elektronisches Unternehmensregister

Der [Entwurf eines Gesetzes über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister \(EHUG\)](#) sieht vor,

dass ab 01.01.2007 unter www.unternehmensregister.de die wesentlichen publikationspflichtigen Daten eines Unternehmens online abgerufen werden können. Der Entwurf steht im Rahmen des im [Koalitionsvertrag](#) angekündigten „small-company-acts“ und soll zur Entlastung von Mittelstand und Existenzgründern von Bürokratieaufwand und zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren dienen. Lesen Sie hierzu auch die [BMJ- Pressemitteilung v. 14.12.2005](#).



[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

EU-Haftbefehl

In ihrer [Stellungnahme Nr. 30/2005](#) zum [Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union \(Europäisches Haftbefehlgesetz – EuHbG\)](#) kritisiert die BRAK, dass darin die bindenden Vorgaben des BVerfG nur unzureichend umgesetzt werden. Der Präsident der BRAK mahnt in der [BRAK-Pressemitteilung Nr. 2 vom 19.01.2006](#), dass die grundrechtlichen Schutzstandards nicht außer Acht gelassen werden dürfen.



[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

GmbH-Recht Reform

Die Bundesregierung erwägt eine Absenkung des erforderlichen Mindeststammkapitals einer GmbH. Dies teilt sie in ihrer Antwort ([BT-Drs. 16/283 v. 16.12.2005](#)) auf eine Kleine Anfrage der FDP ([BT- Drs. 16/134 v. 01.12.2005](#)) mit dem Titel „Auswirkungen und Probleme der Private Limited Companies in Deutschland“ mit. Die Änderung soll eventuell im Rahmen eines in Kürze vorgestellten Referentenentwurfs zur Form des GmbH-Rechts umgesetzt werden.



[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Elektronische Steuererklärung

Die Formulare für die elektronische Steuererklärung (ELSTER) finden Sie unter <https://www.elster.de/>. Ein komplettes amtliches Erklärungsprogramm für den Veranlagungszeitraum 2005 steht zur Erstellung einer elektronischen Steuererklärung kostenlos im Internet zum Herunterladen zur Verfügung ([Elster-Formular 2005/2006](#)). Dabei wird neben der Umsatzsteuererklärung auch die Umsatzsteuer-Voranmeldung, die Lohnsteuer-Anmeldung sowie die Lohnsteuerbescheinigung unterstützt.



[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

DAI

Das Deutsche Anwaltsinstitut (DAI) bietet Fachlehrgänge zu den neuen Fachanwaltschaften Handels- und Gesellschaftsrecht und Gewerblicher Rechtsschutz an. Die Satzungsversammlung hat am 07.11.2005 in Berlin die Einführung weiterer Fachanwaltschaften beschlossen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Jour Fixe

Am 11.01.2006 fand erneut der Jour Fixe zwischen der Rechtsanwaltskammer München und den Gerichten statt. Dabei wurden folgende Themen besprochen:

- Faxverkehr mit den Gerichten
Die Gerichtspräsidenten bitten erneut darum, Schriftsätze an die Gerichte nicht unnötigerweise sowohl per Fax als auch per Post einzureichen. Ein ausführliches Schreiben der Präsidentin des LG München I, Frau Angerer, finden Sie [hier](#).
- Gegenstand der Diskussion waren Probleme im Strafjustizzentrum, die aufgetreten seien, da es nur zwei Sprechstellen gäbe, die für die Beratung mit dem Mandaten vor bzw. während eines Termins genutzt werden könnten.
Hierzu wird eine Faxumfrage bei den im Kammerbezirk zugelassenen Fachanwälten für Strafrecht erfolgen.
- Von Vizepräsident Dr. Kempfer wurde ein mögliches gemeinsames Vorhaben zur Einrichtung einer flexiblen Kinderbetreuung für Richter, Justizangestellte und Rechtsanwälte angeregt.
Diesbezüglich wird sich die Kammer nach geeigneten Kooperationspartnern erkundigen. Näheres hierzu siehe unten.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

"Kammer-Löwe"

Seit Mai 2005 gibt es das Projekt "Leo-Parade" in München. Dabei werden in der Stadt Löwen, die von einzelnen Sponsoren besonders gestaltet werden, aufgestellt. Nunmehr hat auch die Kammer einen Leo. Diesen sehen Sie [hier](#). Weitere Informationen zur Leo-Parade finden Sie unter www.leo-parade.de. Nach Beendigung der Aktion können die Löwen meistbietend ersteigert werden.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Umfrage zum Projekt: Flexible Kinderbetreuung

Vielfach wurde an die Kammer die Problematik herangetragen, dass für Kollegen mit Kindern immer wieder ein Betreuungsengpass auftritt. Dies insbesondere dann, wenn die bestehende Betreuung kurzfristig ausfällt und trotzdem ein wichtiger beruflicher Termin wahrzunehmen ist.

Im Rahmen des letzten Jour Fixe wurde die Möglichkeit diskutiert, eine flexible Betreuungsmöglichkeit zu schaffen, die sowohl von der Justiz als auch von Mitgliedern der RAK genutzt werden könnte.

Um einen möglichen Bedarf bestimmen zu können dürfen wir Sie bitten, den [Fragebogen](#) ausgefüllt per E-Mail: Brigitte.Doppler@rak-muenchen.de oder per Fax: 089/53 29 44 942 an uns zurückzusenden.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Verbot der Sternsozietät derzeit nicht verfassungswidrig

In seinem Beschluss vom 14. November 2005 (AnwZ (B) 83/04 - AGH Hamburg) entschied der BGH in einem Verfahren zur Zulassung einer Rechtsanwalts-Aktiengesellschaft: Das Verbot der Sternsozietät ist zur Zeit nicht verfassungswidrig. Das Verbot der Sternsozietät gilt auch für die Anwaltsaktiengesellschaft. Der Beschluss kann [hier](#) abgerufen werden.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Die Anwaltschaft – nicht für alle jungen Rechtsanwälte der Traumberuf

Mehr als 100.000 Nachwuchsakademiker studieren zur Zeit an deutschen Universitäten Rechtswissenschaften, jährlich begeben sich über 10.000 Absolventen des Zweiten Juristischen Staatsexamens auf den juristischen Arbeitsmarkt. Dieser Arbeitsmarkt wird traditionell vom Rechtsanwaltsberuf dominiert – Schätzungen gehen dahin, dass zwischen 55 und 60% aller Juristen ihr Geld als Rechtsanwalt verdienen. Aufgrund der ungebrochenen Popularität des Jurastudiums und der zurückhaltenden Einstellungspolitik von Justiz, Verwaltung und Unternehmen nimmt dieser Anteil kontinuierlich zu – 75 bis 80% der Berufseinsteiger werden mittlerweile Rechtsanwalt.

Die Gesamtstudie „Soldan Gründungsbarometer: Die Berufssituation junger Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte in Deutschland“ wird das Soldan Institut im Mai 2006 zum 57. Anwaltstag in Köln in Buchform vorstellen. Ausgewählte Einzelergebnisse der Untersuchung werden in den Mitte Februar erscheinenden Mitteilungen der Bundesrechtsanwaltskammer (Heft 1/2006) vorab veröffentlicht.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

<p>Impressum Rechtsanwaltskammer München, Tal 33, 80331 München, Tel: 089/53 29 44-0, Fax: 089/53 29 44-28, E-Mail: newsletter@rak-muenchen.de</p> <p>Redaktion und Bearbeitung: RAin Brigitte Doppler, RA Alexander Siegmund</p>	<p>Sollten Sie den Newsletter abbestellen wollen, klicken Sie bitte hier und senden Sie uns eine kurze E-Mail mit dem Betreff: "Abbestellung".</p>
--	--